

# Den politischen Angriffen der Unternehmer und der Bundesregierung müssen die Gewerkschaften politisch entgegentreten!

## Arbeitszeit verlängern?

Im Januar forderte CSU-Chef Stoiber die Wiedereinführung der 40-Stundenwoche. Dies werde Arbeitsplätze schaffen. Die Niederlage der Metaller im Osten, die die Forderung nach der 35-Stunden-Woche nicht durchsetzen konnten, zeigt ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten in ganz Deutschland. Zunächst wurde die Arbeitszeit der Beamten in verschiedenen westlichen Bundesländern erhöht, in Hessen auf 42 Stunden. Natürlich ohne Lohnausgleich. Als nächstes sollen die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes länger arbeiten. Nachdem die „Rot-Rote“ Landesregierung Berlins als erste aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten ist, folgte die hessische Landesregierung zum 31. März dieses Jahres. Schon erklingen Forderungen nach Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich auch in der Privatwirtschaft.

## Wettbewerbsfähigkeit stärken?

Aber müssen wir nicht alle Opfer bringen, damit die deutsche Wirtschaft wieder wächst und die Arbeitslosigkeit beseitigt wird? So hören wir es schließlich Tag für Tag von Bundes- und Landesregierungen, Wirtschaftsverbänden, Professoren, lesen es in Zeitungen und hören es im Fernsehen. Die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich ist nur ein Mittel um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen

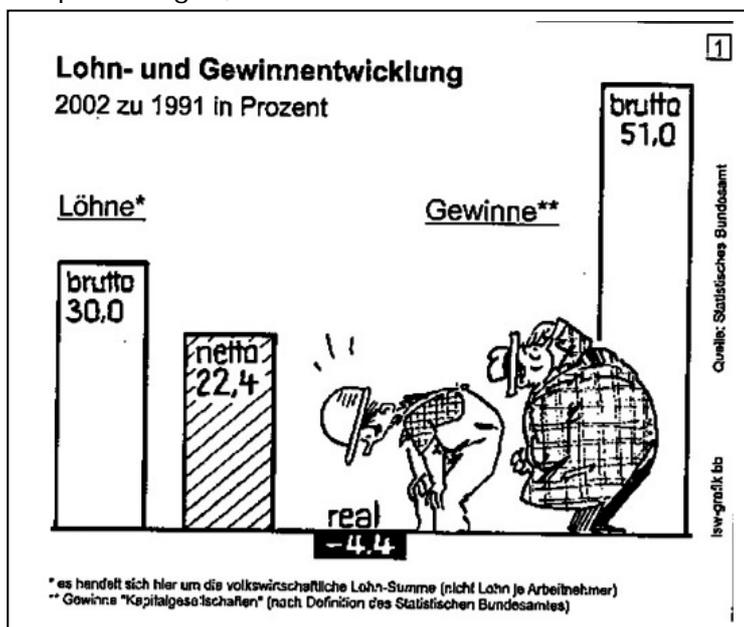
Unternehmen zu stärken. Dem gleichen Ziel dient die Senkung der Gewinnsteuern, wie Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer oder des Spitzensatzes der Einkommenssteuer. Dem gleichen Ziel dient die Senkung der „Lohnnebenkosten“, wodurch die Krise der sozialen Sicherungssysteme weiter verschärft wird. Dem gleichen Ziel dient die Agenda 2010: Um „Anreize“ für die Arbeitslosen zu schaffen, wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf ein Jahr beschränkt. Die Arbeitslosenhilfe

wird auf Sozialhilfeniveau abgesenkt. Jede unqualifizierte und schlecht bezahlte Arbeit ist zumutbar, auch zu Hungerlöhnen. Dies wird zweifellos den „Anreiz“ für die 4,7 Mio. Arbeitslosen erhöhen, eine der 400.000 offenen Stellen anzunehmen (Februar 2003)! In jedem Fall wird es einen enormen Druck auf alle bestehenden Löhne und Gehälter von Arbeitern, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten ausüben. In die gleiche Richtung wirkt die Umwandlung tariflicher Stellen in Mini-Jobs und Ich-AGs. Insgesamt soll Arbeit billiger werden. Aber schafft dies wirklich Arbeitsplätze?

## Woher kommt die Arbeitslosigkeit?

Der amerikanische Wirtschaftskapitän Washington SyCip behauptete, dass 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung im 21. Jahrhundert genügen würden, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. Mehr Arbeitskraft werde nicht gebraucht. Ein Fünftel aller Arbeitssuchenden werde genügen, um alle Waren zu produzieren und die hochwertigen Dienstleistungen zu erbringen, die sich die

Weltgesellschaft leisten kann. Der amerikanische Publizist Jeremy Rifkin schrieb sinngemäß: „Wir treten in ein Zeitalter ein, in dem die menschliche Arbeitskraft mehr und mehr durch Maschinen ersetzt wird. Die Arbeitskraft von Millionen Menschen wird im Wirtschaftskreislauf nicht gebraucht werden, der Markt wird sie nicht mehr



nachfragen.“ Und Lothar Späth, CDU, und der McKinsey-Manager Herbert A. Henzler schrieben Anfang der 90er Jahre: „Unter Annahme weltbesten Produktionstechniken könnte das heutige Produktionsvolumen in der Bundesrepublik mit 24 Millionen Beschäftigten erreicht werden. Das entspräche bei einer Gesamtzahl von 39 Millionen Erwerbspersonen einer Arbeitslosenquote von 38 Prozent.“ 1960 hat ein deutscher Stahlarbeiter 32 Tonnen Stahl pro Jahr produziert. Im Jahr 2000

produzierte er 452 Tonnen pro Jahr. Die Produktivität ist 14-mal höher als 1960. Von 140 Stahlarbeitern sind 130 überflüssig geworden.

Wer soll die Autos kaufen, die in immer kürzerer Zeit produziert werden, wenn die Löhne sinken? Wieso soll es Arbeitsplätze schaffen, wenn zusätzlich zur steigenden Produktivität auch noch die Arbeitszeiten verlängert werden. Jeder Sechstklässler kann es nachrechnen: 38,5 Stunden mal 40 Beschäftigte macht 1540 Stunden. Müssen die Beschäftigten jetzt 40 Stunden arbeiten, brauchen wir nur noch 1540 Stunden durch 40 Stunden gleich 38,5 Beschäftigte. Pro 40 Beschäftigte werden 1,5 Stellen abgebaut. Bei rund 40 Millionen Erwerbstätigen haben wir dann fast 1,5 Millionen Arbeitslose mehr. Die Opfer, die die Beschäftigten bringen sollen, helfen nicht ihren arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen. Die Opfer werden aber auf jeden Fall die Gewinne der Unternehmer und der Aktionäre erhöhen.

### Sind wir gegen Maschinen?

Das Problem sind nicht die Maschinen. Wenn wir uns privat eine Waschmaschine kaufen, gewinnen wir Freizeit, weil wir die Wäsche nicht in der Badewanne waschen müssen. Wenn unser Chef eine Maschine kauft, kann es uns passieren, dass wir entlassen werden. **Die gewaltig gesteigerte Fähigkeit, in immer kürzerer Zeit immer mehr Werte zu produzieren, sprengt den Rahmen der privaten Aneignung dieser Werte. Das Privateigentum an den Maschinen schafft enorme gesellschaftliche Probleme, die sich im Rahmen des Privateigentums nicht mehr lösen lassen.** Die von unseren Kolleginnen und Kollegen gebauten Maschinen können uns von stumpfsinniger, krankmachender Arbeit befreien. Sie können uns freie Zeit verschaffen, in der wir uns weiterbilden, Kinder und Jugendliche fördern, Alten und Kranken helfen, unseren Hobbys nachgehen. Stattdessen führen dieselben Maschinen heute zu weltweiter Massenarbeitslosigkeit. Es ist klar, dass die



Unternehmer ein Interesse an niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten haben. Das wird die Massenarbeitslosigkeit aber nicht verringern, sondern vergrößern. Autos kaufen keine Autos. Die überwältigende Mehrheit der Menschen hat ein Interesse daran, dass die Maschinen zu mehr Freizeit führen. Weil mit den Maschinen die gleichen Werte in kürzerer Zeit produziert werden, haben die Beschäftigten auch das Recht auf vollen Lohnausgleich.

Fassen wir zusammen:

**Der Grund für die Opfer, die uns abverlangt werden ist nicht der Mangel, ein Zuwenig an produzierten Gütern, sondern ihr Überfluss. Weil wir immer mehr in immer kürzerer Zeit herstellen können, sollen wir verzichten.**

### Standort Deutschland?

Aus dem weltweit immer kleineren Kuchen profitabler Arbeit wollen sich die deutschen Unternehmer ein immer größeres Stück herauschneiden. Das soll in Deutschland Arbeitsplätze schaffen. Dafür sollen die in Deutschland Beschäftigten Opfer bringen. Die Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts Deutschland“ soll gestärkt werden. Im nationalen „Bündnis für Arbeit“ haben sich die Arbeitgeber, die DGB-Spitzen und die

Bundesregierung 1998 verpflichtet, *„gemeinsam auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit hinzuarbeiten und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig zu stärken.“*

Der Anteil der deutschen Automobilindustrie an der Weltproduktion ist in den 90er Jahren auf ca. 22% gestiegen. Der Umsatz wuchs um 65%. 1991 gab es 824.000 Beschäftigte, im Jahr 2000 nur noch 770.000. Das starke Wachstum reichte nicht, um auch nur einen Arbeitsplatz zu schaffen, im Gegenteil. Die von den deutschen Autoherstellern gewonnenen Marktanteile gingen zu Lasten der japanischen Automobilindustrie. Diese ging um 27% zurück. Die Arbeitslosigkeit in Japan stieg. Die japanischen Konzerne wurden geschwächt. Daimler übernahm die Mehrheit bei Mitsubishi Motors.

Arbeitslosigkeit mit steigender Wettbewerbsfähigkeit zu bekämpfen heißt nichts anderes, als mit Hilfe möglichst vieler heimischer Industriearbeiter die Industriearbeiter anderer

Länder arbeitslos zu machen. Das Gerede vom „Standort Deutschland“ fördert den Nationalismus. Die Beschäftigten der eigenen Nation stehen über den Beschäftigten anderer Nationen. Und die unterlegenen Konkurrenten können zurückschlagen!

Die Beschäftigten eines Landes, die mit ihrem Lebensstandard andere unterbieten, sollen angeblich die Gewinner sein. Ein Land senkt die Gewinnsteuern, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die Gelder holt es durch Schließung von öffentlichen Büchereien und Schwimmbädern wieder herein. Schon zieht das nächste Land nach, weil es auch wettbewerbsfähig sein will. Gibt es in einem Land Lohnkürzungen, müssen die Gewerkschaftsvorstände des anderen Landes noch stärkere Lohnkürzungen unterschreiben. Der „Standort“ darf nicht gefährdet werden. Die Beschäftigten verschiedener Länder geraten so in einen Wettlauf um die niedrigsten Standards, bei dem sie nur verlieren können. Beschäftigte, die für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmer kämpfen, kämpfen nicht nur gegen ihre Kolleginnen und Kollegen im Ausland. Sie kämpfen vor allem gegen sich selbst.

Die Geschäftsleitung von Mercedes in Gaggenau brachte es auf den Punkt: *„Alle sind Mitglieder einer Werks-Gemeinschaft, die sich in den Schützengräben des ‚Weltwirtschaftskriegs‘ zu bewähren haben.“* Die Beschäftigten liegen sich in den Schützengräben ihrer Firmen gegenüber. Sie sollen sich gegenseitig mit der Artillerie der modernen Produktionsanlagen beschießen. Sie sollen die Fabriken der Feinde in Trümmer legen. Um sich in der internationalen Konkurrenz des Kapitals durchzusetzen, hat Deutschland im letzten Jahrhundert zweimal einen Eroberungskrieg begonnen. Die Weltkriege waren die Fortsetzung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfs mit militärischen Mitteln. Das sollten wir niemals vergessen!

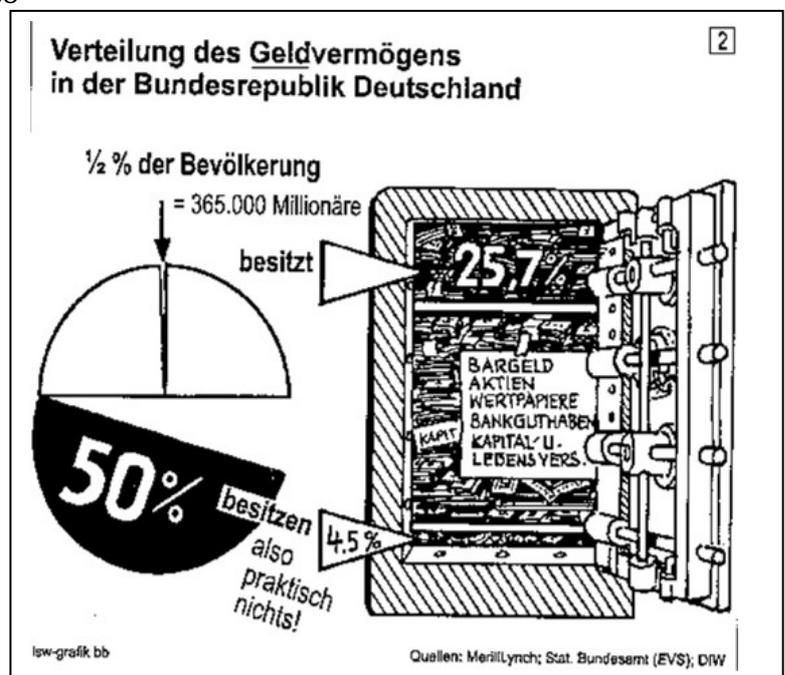
### Wo ist der Ausweg?

Die Unternehmer nehmen keinerlei Rücksicht auf die Interessen der Beschäftigten, die den Reichtum der Gesellschaft produzieren. Aber die Unternehmer und die Bundesregierung erwarten von den Beschäftigten, dass sie Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer nehmen sollen. Im Interesse der Unternehmer sollen Arbeitslose und Beschäftigte auf einen Mindestlohn verzichten. Bisher war die Sozialhilfe faktisch ein Mindestlohn. Im Interesse der Unternehmer sollen Beschäftigte und Arbeitslose auf eine Arbeitszeitverkürzung

bei vollem Lohnausgleich verzichten. Sie sollen längere Wochen- und Lebensarbeitszeiten in Kauf nehmen. Die Gewerkschaften haben nicht die Aufgabe, in nationalen „Bündnissen für Arbeit“ die Beschäftigten der verschiedenen Länder in einen Wettlauf um möglichst niedrige Standards gegeneinander zu hetzen. **Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, im internationalen Maßstab der Konkurrenz unter den Beschäftigten und unter den Arbeitslosen entgegenzutreten.**

### Isolierte Tarifikämpfe oder politische Auseinandersetzung?

Natürlich ist es vollkommen aussichtslos, als einzelner Beschäftigter dem Druck seines Unternehmers etwas entgegenzusetzen. Notwendig ist es, sich zu organisieren. Der Streik in der ostdeutschen Metallindustrie hat außerdem



gezeigt, dass der Rahmen der branchenbezogenen Tarifaueinandersetzungen zu eng ist, um den Angriffen der Unternehmer, der Bundes- und Landesregierungen zu widerstehen. **In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit ist die Waffe Tarifaueinandersetzung gegen die politisch geführten Angriffe des Unternehmerlagers und der Regierungen stumpf. Den politischen Angriffen müssen die Gewerkschaften politisch entgegenzutreten.**

Auch die Landesbeschäftigten werden ihren Kampf gegen die Arbeitszeitverlängerung verlieren, wenn ihnen nicht die Beschäftigten anderer Gewerkschaften zu Hilfe kommen. Was die Gewerkschaftsführungen beim Streik der ostdeutschen Metaller versäumt haben, muss in der aktuellen Auseinandersetzung im öffentlichen Dienst nachgeholt werden: Der Bevölkerung zu erklären, dass die Arbeitszeitverlängerung gegen die Interessen aller Beschäftigten in allen

Branchen und gegen die Interessen aller Arbeitslosen gerichtet ist. Ein Erfolg der Verdi-Kolleginnen und Kollegen liegt im Interesse aller Menschen in Deutschland, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind.

**Wir** treffen uns als Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften und Branchen im **Forum Gewerkschaften**, um über die gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Probleme zu diskutieren.

**Wir** denken, dass ein **Treffen von Vertrauensleuten** aus Betrieben aller Branchen ein wichtiger Schritt wäre, um etwas über die jeweilige Situation zu erfahren und gemeinsam zu überlegen, wie wir die Kolleginnen und Kollegen von Verdi in ihrer aktuellen Auseinandersetzung unterstützen können.

Daten, Zitate und Beispiele nach Rainer Roth: Nebensache Mensch, Frankfurt/M., 2003

**Unsere nächsten Treffen finden am Dienstag, den 4. Mai, und am Dienstag, den 15. Juni, jeweils um 18:00 Uhr im DGB-Haus, Spohrstr., statt.**

**Hinweisen möchten wir auch auf die nächsten Termine von Das Nordhessische Bündnis gegen Sozialabbau. Am 11.05 und 25.05 jeweils um 19:00 Uhr**



### **Sind Arbeitskräfte wie Käse? Oder wie Bananen?**

Otto Graf Lambsdorf, FDP, brachte es auf den Punkt: „Wenn Ihnen als Hausfrau im Laden ein Stück Käse zu teuer ist, lassen sie es liegen. Genauso macht`s der Arbeitgeber: Er stellt einfach keine neuen Mitarbeiter ein, wenn sie zu viel kosten. Für niedrige Löhne gibt`s genug Arbeit.“ Die Professoren des Kronberger Kreises empfehlen „bei der Belegung des Arbeitsmarktes genauso zu verfahren wie man bei der Belegung des Marktes für Bananen verfahren würde.“ Der Bananenverkäufer Salvatore verkauft seine Bananen für 2,- Euro je Kilo. Wenn er kurz vor Marktschluss noch drei von seinen 10 Kisten übrig hat, ruft er sie für 1,- Euro pro Kilo aus. Zum Schluss ist noch eine halbe Kiste übrig, die er für 5,- Euro loswird. Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage ist hergestellt.

Der Lohn, bei dem noch die letzte Arbeitskraftbanane verkauft wird, heißt bei den Professoren „Gleichgewichtslohn“ oder „Vollbeschäftigungslohn“. Leider gibt es für unsere Arbeiterbanane ein kleines Problem. Wirkliche Bananen wohnen nicht zur Miete und müssen nicht täglich essen und sich kleiden um weiterleben zu können. Bananen haben auch keine sozialen Beziehungen zu anderen Bananen. Ihnen ist es egal, wenn sie zu Dumpingpreisen verkloppt werden. Sie brauchen kein Geld, um sich am Leben zu erhalten. Wenn aber die Arbeitskraft eines Kollegen für drei Euro die Stunde verspeist wird, geht sein Leben weiter. Er arbeitet nicht, um zu arbeiten, sondern um von seinem Lohn zu leben. Unseren gutgenährten Vertretern der Marktwirtschaft ist das unverständlich.

Wenn sie sagen, die „Anspruchsmentalität“ in unserer Gesellschaft ist Schuld an der Arbeitslosigkeit, meinen sie nicht die Gesellschaft überhaupt. Diejenigen, die sich ein Abendkleid für 50.000,- Euro oder eine Pattek-Philippe-Uhr für 80.000,- Euro leisten können, die in ihren Villen mehr Platz für Schuhe und Hutschachteln haben als viele Arbeiter für ihre Kinder, die auch bei ihrer Entlassung noch Millionenabfindungen kassieren, die sind nicht gemeint.

**Wir sind die Gewerkschaften!  
Unsere Stärke ist nicht die Wettbewerbsfähigkeit „unserer“ Unternehmer!  
Unsere Stärke ist unsere internationale Solidarität!**

v.i.S.d.P.: Edgar Wiegler, C/O: DGB, Spohrstrasse 6-8, 34117 Kassel